

Friedemann Vogel

**Von der Diskurslinguistik zur Diskursintervention?
Prämissen, Formen, Effekte.
Aufbau eines Online-Portals zur Aufklärung strategischer
Kommunikation: der Diskursmonitor¹**

1

Die Diskursanalyse in Sprach- und Sozialwissenschaften pflegt mehrheitlich einen fachwissenschaftlichen und zudem partikularisierten Binnendiskurs. Wenngleich die Anzahl auch empirischer Arbeiten in den letzten beiden Jahrzehnten erfreulich zugenommen hat und die Diskursanalyse mittlerweile in nahezu allen Disziplinen einen festen Platz gefunden hat, werden deren Ergebnisse bislang kaum anwendungsorientiert einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht oder gar Grundlage von Interventionsversuchen. Eine Ausnahme findet sich im Publikationsengagement einzelner Vertreter kritischer Diskursanalyse oder im Versuch, Diskurslinguistik als Dienstleister für die Einordnung veröffentlichter Meinungen zu brisanten oder auch weniger brisanten Themen anzubieten. Selbst innerhalb der Community erfolgt(e) ein nachhaltiger Austausch mehrheitlich in methodischer Hinsicht und/oder beschränkt auf tagungs- oder bandspezifische Schwerpunktthemen – im Ergebnis interessante, heterogene Beitragssammlungen, die nur selten in einer globalen Auswertung mit Blick auf interdiskursiv wirksame Dispositive, Diskursrollen, sprachlich-kommunikative Strategien usw. zusammengeführt werden.

Dieser Befund – sollte er zutreffen – ist frappierend angesichts der Tatsache, dass nahezu alle Diskursanalysen im Gefolge Foucaults mit einem Gegenstand zu tun haben, der regelmäßig Teil von kommunikativen Konflikten, sprachlicher Gewalt und Machtmissbrauch in unterschiedlichsten Formen zwischen zudem meist materiell ungleich ausgestatteten Kontrahenten ist. Die Studienergebnisse geben oft Anlass zur Empörung (Hessel 2010), doch anstelle einer solchen Empörung findet sich im Einzelfall nur ein sicherlich nett gemeinter, aber folgenloser ‚Wille zur Aufklärung‘ (vgl. Gardt 2007). Der Großteil des diskurslinguistischen Mainstreams zieht sich dabei bislang zurück auf eine vermeintlich wertneutrale Position, derzufolge Stellungnahmen oder Interventionen gleich welcher Art „unwissenschaftlich“ seien (vgl. Warnke/Spitzmüller 2008, 19; Niehr 2014, 51f.). Wis-

¹ Ich danke für wichtige Anregungen zu vorherigen Fassungen dieses Textes: Jannis Androutopoulos, Dorothee Meer, Ekkehard Felder, Clemens Knobloch, Wolf-Andreas Liebert, Jürgen Link, Stephan Packard und Antje Wilton.

senschaft habe zu beschreiben und nicht zu bewerten, Politik sei Privatsache. Die damit verbundene theoretische Auseinandersetzung zwischen „Deskriptivisten“ (wenn es sie denn so je gegeben hat) und „Kritikern“ (wenn es sie denn so je gegeben hat) ist leidlich bekannt und wird heute auch nicht mehr in der Schärfe geführt wie in den Anfangszeiten, als man noch mit der Etablierung des „Diskurses“ als legitimen Gegenstand innerhalb der Disziplinen (allen voran innerhalb der Linguistik) und mit damit verbundenen Ressourcen-Verteilungskämpfen beschäftigt war (vgl. insb. die Beiträge in *Aptum* 2/2005 sowie in Meinhof et al. 2013). Je nach Interpretation wurde ein Teil der „Kritiker“-Fraktion aus der disziplinären Schmuttel-Ecke rehabilitiert, haben sich beide Pole über Selbstverständlichkeiten vergewissert (etwa darüber, dass prinzipiell und transparent zu differenzieren sei zwischen selbstreflektierter, deskriptiver Analyse und ggf. dezidiert normativer Stellungnahme) und/oder unausgesprochen auf eine friedliche Koexistenz geeignet.

2

Derweil drehte sich die Welt weiter. Das regionale wie weltweite Wiedererstarken von Nationalismus, Rassismus und kriegereischer Intervention hat auch die stärksten Deskriptivisten zweifeln lassen an der Solidität ihrer Trennung von ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘. Das Interesse an Normativität, Moral und Ethik scheint dabei umso mehr zu wachsen, je eher man selbst zum Objekt eines pauschalisierten Antielitismus und einer allgemeinen Wissenschaftsskepsis wird, oder mit anderen Worten: je mehr man die Marktwert-Inflation des eigenen kulturellen Kapitals zu spüren bekommt. Der größte Fehler dürfte dann darin bestehen, weiterhin am absoluten Diktum der ‚wertneutralen‘, weil ‚interessenlosen‘ Wissenschaft festhalten und zugleich eine (ggf. nur fachsprachlich verpackte) moralisierende Hoheitsposition gegenüber all den verständnislosen, aber zu bekehrenden „Populisten“ einnehmen zu wollen. Dass eine derartig offensichtliche Doppelmoral – über „Werte“ reden, aber wider diese Werte handeln² – die eigene Situation nur mehr untergräbt, lässt sich sowohl im aktuell zunehmenden Vertrauensverlust in Teilen der Bevölkerung gegenüber den sogenannten Parteien „der Mitte“ als auch gegenüber der diesen Parteien zuarbeitenden bürgerlichen Presse („Qualitätsmedien“) beobachten. Entsprechendes gilt

2 Man denke an: „Gleichstellung“ bei faktischer politischer Ungleichbehandlung der Geschlechter bei Löhnen, Rentenansprüchen usw.; „Inklusion“ bei faktischer Etatkürzung für Bildungseinrichtungen; „Willkommenskultur“ bei gleichzeitiger Kasernierung von Flüchtlingen einerseits, „Heimat“ und „kulturelle Werte“ bei gleichzeitiger Wunscharmigration zum Stopfen von Arbeitsmarktlücken andererseits; „Offenheit“ und „Diversity“ bei gleichzeitiger Wiedereinführung von symbolischen wie materiellen Grenzkontrollen usw.

auch schon jetzt für die Universitäten und Bildungsfabriken, soweit sie die „Freiheit von Forschung und Lehre“ meist nur noch dann hochhalten, wenn es um die Verteidigung liebgewonener Privilegien honorierter Lehrstuhlinhaber geht, während sie dieselbe „Freiheit“ bereitwillig (oder zumindest widerstandslos) verkaufen im „Wettbewerb“ um Exzellenztitel, Drittmittel und Auftragsforschung.

3

Die Diskursforschung bzw. die Diskurslinguistik (der ich mich zuzähle) trägt meines Erachtens eine Verantwortung für die Kultivierung öffentlicher Diskurse. Dies gilt generell, im besonderen Maße aber in Zeiten, in denen die öffentliche und mit ihr auch die private Kommunikation zunehmend zu verrohen droht. Von einer „Verrohung“ öffentlicher politischer Sprache sollte ausgegangen werden, wenn abwertende, stigmatisierende und ausgrenzende Äußerungen keinen markierten und unwidersprochenen Einzelfall mehr bilden, sondern Hate Speech bis hin zu tätlichen Angriffen gegenüber Minderheiten zu einem mehrheitlich unmarkierten, an- oder hingenommenen Interaktionsmodus werden. Eine analytische, fachliche Beschreibung, Klassifizierung und Erklärung solcher Diskursverhältnisse ist notwendig, aber nicht hinreichend. Was nach allen methodischen Regeln der Kunst als ‚falsch‘ erkannt wird, muss auch als solches benannt und zum ‚Richtigen‘ hin bearbeitet werden. Kurz: Von der linguistischen Diskursanalyse zur „Diskursintervention“. – Unter einer akademischen „Diskursintervention“³ verstehe ich ein Bündel von kommunikativ-sozialen Praktiken, die auf Basis nüchterner Analyse, eines transparenten normativen Maßstabs sowie geeigneter Techniken auf eine Veränderung der diskursiven Ordnung zielen.

Woran aber bemisst man das ‚Richtige‘ und das ‚Falsche‘, was kann ein normativer Maßstab für eine *wissenschaftliche* Intervention sein? In den Institutionen der Politik – das hat Max Weber (1919) bereits früh erkannt – sind der Maßstab die Partei-gewordenen Bedürfnisse und die Ängste der jeweiligen Interessensgemeinschaft, mithin der sozialen Klasse. Wissenschaft bzw. Diskurslinguistik ist aber keine Partei in diesem Sinne. Ihr Maßstab kann nur und muss darum ein ‚wissenschaftlicher‘ sein. Was heißt das? Während Wollensmaßstäbe innerhalb einer politischen Partei heterogen, widersprüchlich und vor allem auch entgegen den Bedürfnissen anderer sozialer Gruppen (mag sie selbst die sog. „Mehrheit“ sein) orientiert sein können, darf dies für wissenschaftliche Wollensmaßstäbe gerade nicht

3 Zum Begriff der Diskursintervention bereits Liebert 2004, 152.

gelten. Parteien können Daten, Fakten und Argumente selektiv zugunsten ihrer Position einsetzen, WissenschaftlerInnen müssen ihre Handlungsempfehlungen oder -forderungen nach Abwägung aller bis dato verfügbaren Sachkenntnisse (einschließlich bestehender rechtlicher wie ethischer Rahmen) transparent begründen. WissenschaftlerInnen können sich dabei irren, in politischen Parteien ist der Irrtum dagegen nur ein Richtungswechsel.

Prinzipiell finden sich in der Literatur zwei Möglichkeiten einer Fundierung diskurskritischer Sollensmaßstäbe: Als *innerlinguistisch* bzw. *diskursimmanent* aufgefasste Kritikmaßstäbe orientieren sich in der Regel am Begriff der funktionalen Angemessenheit (Kilian/Niehr/Schiewe 2016, 62-68); es geht um die „Kultivierung eines umsichtigen, undogmatischen und toleranten Umgangs mit Sprache, dessen Notwendigkeit nicht aus bestimmten gesellschaftspolitischen Vorstellungen hergeleitet zu werden braucht, weil er seine Basis in der Selbstreflexivität der natürlichen Sprache selbst hat“ (Wimmer 1988 [1982], 301).

Sofern ein *außerlinguistischer* Bewertungsmaßstab formuliert wird, belassen es die AutorInnen bislang überwiegend bei allgemeinen Andeutungen. Oft wird verwiesen auf die „Grundsätze und Werte der Demokratie“ (Römer 2017, 70) – „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Vielfalt“, „Menschenwürde“, die „Grundrechte“ (Wengeler 2011, 42; Reisigl 2018), „international human and social rights“ (van Dijk 2009, 63), die „allgemeinen Menschenrechte“ (Jäger 2005, 68). Auch Feilke et al. (2007, 12) bleiben vage, wenn sie ihre als „aufklärerisch“ apostrophierten fachlichen Aktivitäten daran messen, inwiefern sie „das wohl verstandene, langfristige und universalistische Bedürfnis der Allgemeinheit nach vernünftigen Verhältnissen [...] beförder[n] [...] und wenn sie den einzelnen dazu befähigen, aus undurchschauten Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen herauszutreten.“

Das Problem aller an allgemeinen „Werten“ – wie „Aufklärung“, „Grundrechten“ oder „Demokratie“ – orientierten Maßstabsexplikationen ist, dass die damit verbundenen Hochwertwörter heute überwiegend semantisch überladen sind (man denke allein an die Legitimierung von Kriegseinsätzen mit dem Argument der „Demokratisierung“), oder zumindest äußerst konkretisierungsbedürftig (Knobloch/Vogel 2015). Zu klären ist also jeweils, was unter „Demokratie“, „Menschenrechten“ usw. zu verstehen wäre. Eine naheliegende Möglichkeit der Konkretisierung liegt in der Rückbindung dieser Ausdrücke/Begriffe an institutionell in Geltung gesetzte Normtexte – z.B. an den Text einer Verfassung (z.B. Art. 1 GG in Deutschland) oder die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Damit wird der Maßstab verrechtlicht, zugleich gibt man allerdings die Deutung diskurslinguistisch-kommunikationsanalytischer Untersuchungsergebnisse – zumindest teil-

weise – an die Domäne der Jurisprudenz ab. Ein Blick in die Geschichte des Dritten Reichs macht sofort klar, dass das allein zumindest riskant ist.

Aus diesem Grund präferiere ich in Anlehnung an Fields und Narr (1992) eine induktive, empirisch-historische Fundierung der oben genannten Hochwert-Begriffe (vgl. Vogel 2013; 2014; Knobloch/Vogel 2015). „Menschenrechte“ lassen sich demnach niemals abschließend als ewige, gar angeborene oder natürliche Rechtssätze formulieren. Sie sind vielmehr versprachlichter Ausdruck von konkreten Bedürfnissen in einer konkreten gesellschaftlichen Situation und müssen als solche immer neu von den Beteiligten ausgefochten werden. Fallen Menschenrechte durch ihre Beliebigkeit daher als Maßstab komplett aus? Fields und Narr verneinen das zurecht und verweisen in die Geschichte des sozialen Protests: ein historischer Blick auf die verschiedenen Lebensbereiche, in denen Menschen sich gegen ihre Unterdrückung erhoben haben (von der Auflehnung gegen Sklaverei bis hin zu heutigen Protesten gegen Lohndumping), zeigt, dass quer zu Geschichte und Kulturen wiederkehrende Grundbedürfnisse immer wieder artikuliert wurden. Fields und Narr sehen vier solcher Grundbedürfnisse in der Diskursgeschichte der Menschenrechte:

1. Freiheit – niemand möchte der Sklave eines anderen sein;
2. soziale Anerkennung – anstelle von sozialer Deprivation;
3. sozial-ökonomische Gleichstellung des Einzelnen relativ zu seiner Bezugsgruppe – anstelle von sozialer Dominanz; schließlich
4. das Streben des Einzelnen nach persönlich-individueller Integrität.

Diesen Grundbedürfnissen gerecht zu werden, ist nur möglich in einem gesellschaftlichen Ordnungsrahmen, der eine reflexive Verhandlung dieser Bedürfnisse ermöglicht. Menschenrechte und Demokratie bedingen also einander. Im Ergebnis verstehe ich unter „Demokratie“ eine

soziale Interaktionsform, die dazu dient und historisch situativ dazu geeignet ist, individuelle und potentiell divergierende Bedürfnisse – allen voran das Bedürfnis nach Handlungsfreiheit, sozialer Anerkennung, kontextsensitiver Gleichheit (insb. mit Blick auf Güterverteilung) und persönlicher Integrität – in sozialen Gruppen gewaltfrei und heterarchisch zu vermitteln. Eine solche, als „demokratisch“ bezeichnete Interaktionsform erfordert, dass die Beteiligten habituell sowie verfahrensmäßig in die Lage versetzt werden, sich auf Basis von überprüfbaren Informationen eine kollektivierbare Meinung zu bilden und ihre damit verbundenen Bedürfnisse adressatengerecht kommunizieren zu können. (Knobloch/Vogel 2015; mit Rekurs auf Vogel 2014)

Die Diskurslinguistik ist aufgerufen, einen solchen (oder anderen), notwendig auch extralinguistischen Maßstab für die Bewertung diskursiver Ordnungen und Aussagensysteme politischer Öffentlichkeit zu entwickeln

und offensiv zu vertreten.⁴ Dabei gilt es, diesen Maßstab nicht lediglich normalistisch ‚gegen‘ die vermeintlichen Ränder des politischen Spektrums zu kalibrieren (wie dies derzeit vielerorts etwa unter dem Schlagwort *Populismus* geschieht), sondern an allgemeine Paradigmen demokratischen Sprechens zu binden. Gelänge es, einen solchen Maßstab zu etablieren, es stünde ein gemeinsamer, begründeter Orientierungs- und Haltungsrahmen zur Verfügung, um auch als (deskriptive) DiskurslinguistIn transparent Position zu als falsch erkannten gesellschaftlichen Verhältnissen oder Praktiken beziehen zu können.

4

Sowohl ein Bewertungsmaßstab als auch das Beziehen konkreter Positionen allein im wissenschaftlichen Binnendiskurs sind sinnvoll – und für kollektive Überprüfungen bzw. Korrekturen auch notwendig. Doch damit kann sich eine Diskurslinguistik als engagierte Wissenschaft nicht zufriedengeben. Es reicht auch nicht, darauf zu warten oder zu befördern, dass Massen- und/oder soziale Medien auf die eigenen wissenschaftlichen Ergebnisse aufmerksam werden und bereitwillig als Multiplikatoren fungieren. Die Aufmerksamkeitsökonomie und damit Eigenlogik dieser Medien wie auch ihrer RezipientInnen ermöglicht in ihrer Mehrheit den Aufbau eines vorübergehenden und kurzweiligen, verkaufs- oder klickstarken Skandalisierungsevents (Infotainment), als Mediatoren einer nachhaltigeren Debatte – im Sinne einer vierten (Kontroll-) Macht im Staate – eignen sie sich immer seltener bzw. nur im Verbund anderer Kommunikationskanäle und Distributionstechniken. Meines Erachtens ist es darum notwendig, über die Analysearbeit hinaus sowohl ein eigenes diskurslinguistisches Informationsportal zu etablieren als auch Formen strategischer Kommunikation (weiter) zu entwickeln, die geeignet sind, die gewohnte Aufmerksamkeitsökonomie und mit ihr die kulturelle Grammatik der mediennutzenden Bevölkerung gezielt zu irritieren und damit Denkvorgänge zu aktivieren. Es handelte sich dabei auch um Kommunikationsformen, für die sich Umberto Eco (1986) unter dem Stichwort „semiologische Guerilla“ aussprach und die in der politischen Graswurzel-Praxis als „Guerillakommunikation“ (oder Kommunikationsguerilla) reflektiert und vielfach erfolgreich erprobt wurden (vgl. autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe 2002; Blissett/

4 Vgl. hierzu die Vorarbeiten u.a. Knobloch/Vogel 2015; Vogel 2013; 2014; Tereick 2016; Römer 2017; Felder 2018 und andere; ein Großteil der Ansätze für extralinguistische Maßstäbe bleiben bisher mit einem allgemeinen Verweis auf „Menschen- und Grundrechte“ allerdings zu vage, als dass sie einen Orientierungsrahmen für konkrete kritische Interventionen geben könnten (vgl. dazu resümierend Reisigl/Vogel im Druck).

Brünzels 2012; Schölzel 2014): Techniken, die nicht auf eine Kontrolle von Superstrukturen der Diskursprägung (Medien, politische Institutionen usw.) abzielen, sondern die RezipientInnen zur Selbstkontrolle öffentlicher Deutungsrahmen anregen – Formen der Verfremdung und der Überidentifizierung, subversive Affirmation, Culture Jamming, Camouflage, Fake, Adbusting usw.

Es muss darum gehen, Stolpersteine auf die Straßen der politischen Kommunikation zu setzen: den semiotischen Alltag irritieren, stören, die kulturelle Grammatik und ihre Dispositive spürbar machen, sensibel machen für die Widersprüche zwischen hochdynamischer öffentlicher Vorderbühne und statischer, den sozialen Status Quo erhaltender Hinterbühne. Ziel muss sein, dem Einzelnen – insbesondere als Teil benachteiligter, subalternen Gruppen – neue Handlungsmöglichkeiten zu verschaffen, indem man zu Bedingungen beiträgt, durch die der Einzelne Gehör findet – im mehrfachen Sinne des Wortes: dass er medial-physisch wahrnehmbar wird; dass seine Argumente verstanden werden; und dass seine Argumente ernst genommen werden müssen.

5

Dies wäre meines Erachtens wünschenswert. Aber was ist davon realistisch? Bislang fehlen uns die Erfahrungen. „Kritik“ als die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden? (Foucault 1992, 11-12) – dieses Foucaultsche Dictum verstehen wir bislang nur theoretisch. Tatsächlich kann es auch keine Pauschallösung dafür geben, im Gegenteil: Diskursintervention kann immer nur Antwort auf eine konkrete, historische Situation sein, eine Praxis, die den Analytiker selbst als bewusst handelndes, Verantwortung tragendes Subjekt auf dem sozialen Konfliktfeld begreift und objektiviert. Mehr noch: Ohne eine persönliche und habituelle Involviertheit oder zumindest Betroffenheit ist eine kontrollierte linguistische Diskursintervention nicht möglich, sondern bleibt unglaubwürdig und oberflächlich, ja schadet der Wissenschaft. Eine erfolgreiche Diskursintervention ist nicht nur auf nüchterne Analyse der diskursiven Bedingungen, auf methodische Aufrichtigkeit und Transparenz angewiesen; sie erfordert auch die Annahme des persönlichen Risikos, als handelndes Subjekt (im Sinne Hanna Arendts) falsch zu liegen, sich rechtfertigen zu müssen oder auch negative Konsequenzen aushalten zu müssen. Das heißt natürlich nicht, man müsste jedes Risiko leichtfertig in Kauf nehmen. Es erwartet niemand, dass sich DiskurslinguistInnen Kopf-an-Kopf prügelnden Neonazis in den Weg stellen. Auch kann man – zumindest bei der hiesigen hochschulpolitischen Großwetterlage – keinem/r prekär beschäftigten WissenschaftlerIn wirklich

empfehlen, sich zugunsten einer liberaleren Universitätsstruktur alleine mit dem Rektorat, dem Professorium oder auch einflussreichen rechtskonservativen KollegInnen anzulegen. Und doch bewegen wir uns alle in einem sozialen Umfeld, in dem wir zur Kultivierung öffentlicher Diskurse beitragen können.

6

Die sich daraus ergebenden außerordentlichen Rechtfertigungspflichten im Hinblick auf Analysestandards, Bewertungsmaßstab und Kommunikationstechniken machen eine sorgfältige Abwägung von Methoden, Nutzen, Effekten, Transparenzgrad, Verteilung personenbezogener Verantwortlichkeiten, Kooperationen und Abhängigkeiten usw. im interdisziplinären Team notwendig.

Vor diesem Hintergrund plädiere ich für den Aufbau eines interdisziplinären „Forschungsnetzwerks zu Strategischer Kommunikation, Diskursmonitoring und Diskursintervention“ (Arbeitstitel), die kontinuierlich aktuelle diskursive Entwicklungen nach ausgewählten Schwerpunkten begleitet, einen normativen Handlungsmaßstab entwickelt und in die Fachcommunity einbringt, die musterhaften Formen strategischer Kommunikation als Essenz diskursanalytischer Ergebnisse auf einer gemeinsamen Plattform dokumentiert sowie zu koordinierten Schwerpunktthemen intervenierend tätig wird.

Als Vorarbeit zu einem solchen Netzwerk kann zählen, dass im Januar 2019 rund siebzig WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Disziplinen sowie MedienpraktikerInnen zu einem zweitägigen Workshop in Siegen zusammenkamen, um Ansätze eines gemeinsamen normativen Orientierungsmaßstabs zur Bewertung diskursiver Formationen und Praktiken zu diskutieren. Die teilweise sehr ausführlichen Thesenpapiere dieser diskussionsintensiven Veranstaltung sind online frei zugänglich unter www.diskursintervention.diskursmonitor.de (13.03.2019) und erscheinen in ausgearbeiteter Form voraussichtlich Ende 2019 in einem Band zum Thema „Diskursintervention“ (herausgegeben von Friedemann Vogel) im Springer-Verlag.

Im Ergebnis bestand mehrheitlich Konsens darin, weder den Dingen einfach ihren Lauf lassen zu können noch Diskursintervention als verkappte ‚Wissenschaftler-Politik‘ zu betreiben. Die Annahme einer engagierten Rolle in der Öffentlichkeit ist keine Frage des *Ob*, sondern des *Wie*. WissenschaftlerInnen sind, ob sie wollen oder nicht, Teil sozialer Interessenskonflikte und Teil der politischen Kommunikation. Es gilt daher, diese oft auch konfliktäre Rolle sich-selbst-bewusst auszufüllen, sich weder ignorieren noch

als zweckdienliche „Experten“ politisch instrumentalisieren zu lassen. Eine engagierte Diskursforschung ergreift Partei, indem sie transparent für (kommunikative) Waffengleichheit unter den konfligierenden Interessensgruppen im politischen Diskurs Sorge trägt. Die Diskussion um die damit verbundenen Fragen – auch darin waren sich alle DiskutantInnen einig – ist mit diesem Siegener Auftaktworkshop nicht beendet, sie hat vielmehr gerade erst begonnen.

Als ein Baustein für die zukünftige Verknüpfung von Diskursforschung und Diskursintervention, von Theorie und Praxis, versteht sich auch ein Projekt der Siegener Forschungsgruppe „Diskursmonitor“.⁵ Kern dieses Projektes ist die Entwicklung eines disziplinenübergreifenden, webbasierten, empirischen Informations- und Dokumentationsportals zur strategischen Kommunikation in öffentlichen Diskursen („Diskursmonitor“; vgl. www.diskursmonitor.de). Das Portal richtet sich nicht nur an die Fachcommunity der Diskursforschung sowie verwandter Fachbereiche (etwa Sozial- und Kulturwissenschaften), sondern vor allem auch an PraktikerInnen aus Politik, Medien, Bildung, Justiz und Zivilgesellschaft (NGOs). Sein Ziel ist erstens die bislang verstreute und nur innerakademisch zugängliche Diskursforschung aus verschiedenen Disziplinen systematisch aufzubereiten und leichter zugänglich zu machen; zweitens sollen aktuelle diskursive Entwicklungen auf Basis qualitativer und computergestützter Verfahren aufgezeigt und damit verhandelbar werden; drittens werden Materialien und Handreichungen für den Einsatz in Lehr-Lern-Kontexten (Schulen, NGOs usw.) bereitgestellt.

Die vier Kernmodule des Portals werden derzeit entwickelt. Zu ihnen gehören:

1. „DiskursGlossar“ zu diskursiven Ordnungen und Formen der strategischen Kommunikation: ein lexikonähnliches, hypertextuelles, terminologisches Nachschlagewerk zu a) diskursanalytischen Grundbegriffen und Grundzusammenhängen; b) sprachlich-kommunikativen Praktiken von der morphologischen Mikroebene (-ismen, Passivierung) über verschiedene Abstraktionsstufen bis zu komplexen Makro-Strategien (etwa Kampagnen); und c) historisch wiederkehrenden diskursiven Formationen oder Verhältnissen, also musterhaften Konstellationen aus Akteuren, strategischen Kommunikationsformen, Themen und Zielen (Beispiele wären Angst-Diskurse, Authentifizierungsdiskurse u.ä.). Das Glossar soll die bisherige, partikularisierte Diskursforschung im Hinblick auf ihre Essenz, also bereits hinreichend beschrie-

5 Der Forschungsgruppe gehören derzeit an: Benjamin Bäumer, Fabian Deus, Clemens Knobloch, Jan Oliver Rüdiger, Hagen Schölzel, Felix Tripps und Antje Wilton; Initiator und Koordinator ist Friedemann Vogel.

bene Diskursformationen und diskursive Strategien sichten, zusammenführend sortieren und in Artikeln von drei bis max. fünf Seiten Länge anschaulich beschreiben.

2. „DiskursReview“: Ziel dieses Moduls ist eine kontinuierliche Dokumentation und Kommentierung aktueller diskursiver Ordnungen und strategischer Praktiken unter Einbeziehung laufender und bisheriger Forschung. Die Dokumentation soll in zunächst zwei unterschiedlichen Formaten bereitgestellt werden: erstens in kurzen, prägnanten Artikeln von zwei bis maximal drei Seiten sowie, zweitens, in Form von punktuellen ausführlicheren „Diskurs-Audits“ zu allen wichtigen Diskurs-Domänen (insb. Politik, Recht, Wirtschaft, Medien), aufbereitet als audiovisuell aufgezeichnete Paar- oder Gruppen-Interviews mit DiskursforscherInnen und PraktikerInnen.
3. „DiskursBarometer“: Das qualitative Diskurs-Monitoring wird mit einem computergestützten, semiautomatischen Monitoring ergänzt. Gemeint ist damit die maschinelle Erhebung und diachrone Auswertung in Echtzeit von Texten aus Massenmedien, sozialen Medien und ausgewählten Fachdomänen (Politik, Recht, Wirtschaft, Lobby) im Hinblick auf metrisierbare Diskursmuster. Welche Metriken sich hierfür überhaupt eignen, ist Gegenstand aktueller Forschung, etwa Indizes für den Grad an diskursiver Agonalität, thematischer Varianz und Homogenität, Lobby-Aktivitäten und anderen.
4. „DiskursWerkstatt“: Die virtuelle DiskursWerkstatt soll schließlich einen Ort bieten, an dem forschungsgesättigte sowie praktisch-bewährte Erfahrungen zu Fragen der Diskursintervention wiederum für die Praxis gesammelt und weiter aufbereitet werden. Hierzu gehört erstens das Angebot von kompakten Handreichungen und längeren Dossiers für JournalistInnen und NGOs sowie Unterrichtsentwürfe für Lehrkräfte an Schulen; und zweitens ein redaktionell betreuter Diskussionsraum (als Forum, Wiki und Smartphone-App), in dem Bürgerinnen und Bürger sich selbst über strategische Formen der Kommunikation austauschen können (Citizen Science).

Sowohl die Realisierung der hier skizzierten Einzelmodule und der damit verbundenen Aktivitäten als auch die Entwicklung weiterer Angebote dieses Portals setzen eine arbeitsteilige Zusammenarbeit und Zusammenführung verschiedener Expertisen voraus: aus der empirischen Diskursforschung, aus der journalistischen (auch medienkritischen) Praxis, aus dem Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung, aus dem Kontext engagierter Zivilgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur wünschenswert, sondern auch dringend geboten, bereits bestehende akademische wie auch außerakademische Initiativen und Onlineangebote (insbesondere zur Medienkritik

oder Medienreflexion sowie zur politischen Kommunikation und Sprache) in die Entwicklung des Portals einzubinden, wo möglich technische Schnittstellen zwischen inhaltlichen Angeboten zu schaffen und damit ein breites Netzwerk zur Kultivierung öffentlicher Diskurse zu etablieren.

Literatur

- autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe (2002): *Kommunikationsguerilla – Transversalität im Alltag* (9). Online verfügbar unter http://www.republicart.net/disc/artsabotage/afrikagruppe01_de.htm [Stand: 15.10.2015].
- Blissett, Luther/Brünzels, Sonja (2012): *Handbuch der Kommunikationsguerilla*. 5. Aufl. Berlin, Hamburg.
- Eco, Umberto (1986): Für eine semiologische Guerilla. In: Umberto Eco/Wolfgang Laade: *Über Gott und die Welt. Essays und Glossen*. 5. Aufl. Unter Mitarbeit von Burkhard Kroeber. München, S. 166-177.
- Feilke, Helmuth/Knobloch, Clemens/Völzing, Paul-Ludwig (2007): Was ist „linguistische Aufklärung“? Sprachauffassungen zwischen Systemvertrauen und Benutzerfürsorge. In: Helmuth Feilke/Clemens Knobloch/Paul-Ludwig Völzing (Hgg.): *Was heißt linguistische Aufklärung? Sprachauffassungen zwischen Systemvertrauen und Benutzerfürsorge*. Heidelberg, S. 9-20.
- Felder, Ekkehard (2018): Anmaßungsvokabeln: Sprachliche Strategien der Hypertrophie oder der Jargon der Anmaßung. In: Martin Wengeler/Alexander Ziem (Hgg.): *Diskurs, Wissen, Sprache. Linguistische Annäherungen an kulturwissenschaftliche Fragen*. Berlin, S. 215-240 (= Sprache und Wissen (SuW), 29).
- Fields, A. Belden/Narr, Wolff-Dieter (1992): Human Rights as a Holistic Concept. In: *Human Rights Quarterly* 14 (1), S. 1-20.
- Gardt, Andreas (2007): Diskursanalyse. Aktueller theoretischer Ort und methodische Möglichkeiten. In: Ingo Warnke (Hg.): *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände*. Berlin, S. 27–52.
- Hessel, Stéphane (2011): *Empört Euch!* Berlin.
- Jäger, Siegfried (2005): Diskurs als „Fluß von Wissen durch die Zeit“. Ein transdisziplinäres politisches Konzept. In: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 1, Heft 1, S. 52-72.
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?* Berlin.
- Kilian, Jörg/Niehr, Thomas/Schiewe, Jürgen (2016): *Sprachkritik. Ansätze und Methoden der kritischen Sprachbetrachtung*. Berlin.
- Knobloch, Clemens/Vogel, Friedemann (2015): „Demokratie“ – zwischen Kampfbegriff und Nebelkerze. Was können Sprach-, Medien- und Kulturwissenschaften zur Demokratisierung von Gesellschaft beitragen? In: *Linguistik online* (73). DOI: 10.13092/lo.73.2190.
- Liebert, Wolf-Andreas (2004): Diskursdynamik in der Risikokommunikation – Eine diskurslinguistische Untersuchung der Trierer Luftschadstoff-Debatte (1974-2001). In: *Deutsche Sprache (ds)* 32, Heft 2, S. 137-161.
- Meinhof, Ulrike Hanna/Reisigl, Martin/Warnke, Ingo H. (Hgg.) (2013): *Diskurslinguistik im Spannungsfeld von Deskription und Kritik*. Berlin (= Diskursmuster – Discourse Patterns, 1).
- Niehr, Thomas (2014): *Einführung in die linguistische Diskursanalyse*. Darmstadt.
- Reisigl, Martin (2018): Diskurslinguistik und Kritik. In: Ingo H. Warnke (Hg.): *Handbuch Diskurs*. Berlin, S. 173-207 (= Handbücher Sprachwissen, 6).
- Reisigl, Martin/Vogel, Friedemann (im Druck): Kritische Diskursanalyse / CDA. In: Jörg Kilian/Jürgen Schiewe/Thomas Niehr (Hgg.): *Handbuch zur Sprachkritik*. Berlin.
- Römer, David (2017): *Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte*. Berlin/Boston (= Sprache und Wissen (SuW), 26).

- Schölzel, Hagen (2014): *Guerillakommunikation. Genealogie einer politischen Konfliktform*. Bielefeld.
- Tereick, Jana (2016): *Klimawandel im Diskurs. Multimodale Diskursanalyse crossmedialer Korpora*. Berlin/Boston (= Diskursmuster - Discourse Patterns, 13).
- van Dijk, Teun Adrianus (2009): Critical Discourse Studies. A sociocognitive Approach. In: Ruth Wodak/Michael Meyer (Hgg.): *Methods for Critical Discourse Analysis*. London, S. 62-85.
- Vogel, Friedemann (2013): Linguistische Diskursanalyse als engagierte Wissenschaft?! Ein Plädoyer für eine „Theorie der Praxis als Praxis“. In: Meinhof/Reisigl/Warnke (2013), S. 279-298.
- Vogel, Friedemann (2014): Linguistik als Kampfsport. Auf der Suche nach Paradigmen demokratischen Sprechens in Alltag, Medien und Recht. In: *Linguistik online* 69 (7). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.13092/lo.69.1658>, [Stand: 13.06.2019].
- Warnke, Ingo/Spitzmüller, Jürgen (2008): Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik – Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In: Ingo Warnke/Jürgen Spitzmüller (Hgg.): *Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene*. Berlin[u.a.], S. 3-54.
- Weber, Max (1919): *Politik als Beruf. Geistige Arbeit als Beruf. Vier Vorträge vor dem Freistudentischen Bund. Zweiter Vortrag*. München/Leipzig. Online verfügbar unter https://de.wikisource.org/wiki/Politik_als_Beruf, [Stand: 13.06.2019].
- Wengeler, Martin (2011): Linguistische Diskursanalysen – deskriptiv, kritisch oder kritisch durch Deskription? In: Jürgen Schiewe (Hg.): *Sprachkritik und Sprachkultur. Konzepte und Impulse für Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Bremen, S. 35-48.
- Wimmer, Rainer (1988 [1982]): Überlegungen zu den Aufgaben und Methoden einer linguistisch begründeten Sprachkritik. In: Hans Jürgen Heringer (Hg.): *Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*. 2. Aufl. Tübingen, S. 290-316.

Univ.-Prof. Dr. Friedemann Vogel
 Professur für Germanistische Linguistik
 Sozio- und Diskurslinguistik: Korpusmethoden
 Universität Siegen
 Germanistisches Seminar
 Hölderlinstraße 3 / R. H-D 4203
 57068 Siegen

www.diskurslinguistik.net
 E-Mail: friedemann.vogel@uni-siegen.de